

# Correspondent.

**Bezugspreis** vierteljährlich: Bei Abholung von den Postabstellen 1 M., monatlich 35 Pf.; durch die Austräger und die Post bezogen 1,20 M., durch den Postboten ins Haus 1,62 M. Einzelnummer 5 Pf.  
Erscheint wöchentlich 6 mal vermittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher ebenfalls 8 Uhr.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
3 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.  
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeitspalte oder deren Raum 8 Pf., für zwei 10 Pf., für drei 12 Pf., für vier 15 Pf., für fünf 18 Pf., für sechs 20 Pf., für sieben 22 Pf., für acht 24 Pf., für neun 26 Pf., für zehn 28 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden dem unferer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annahmestellen entgegengenommen.  
Nachdruck anderer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.  
Für unverlangte Einblendungen wird keine Gebühr übernommen.

Nr. 119.

Mittwoch den 23. Mai 1906.

32. Jahrg.

## Die Jungliberalen und der Beschluß des nationalliberalen Zentralausschusses.

Während in Berlin der nationalliberale Parteivorstand alles tun möchte, um die bösen Einflüsse aus dem politischen Leben auszuschalten, die ihm das Leben so sauer machen, kommt vom Süden eine Klunge von jungliberaler Seite, die das Verhältnis zu den entschiedenen Liberalen noch unter einem wesentlich anderen Gesichtspunkte beurteilt. Der Parteitag bayrischer jungliberaler Vereine in Passau, der am 19. und 20. d. M. tagte, hat folgende deutliche Antwort auf die Versuche gewisser „Liberaler“, die Einflüsse aus der Einigungsbeziehung herauszubringen, gegeben. Er faßte einstimmig nach einer eingehenden Debatte folgende Resolution:

„Der Landesverband der jungliberalen Vereine Bayerns und des Rheinlands hat angelehnt der Darmsstädter Vorgänge wiederholt, daß es für die wichtigste Aufgabe aller deutschen Jungliberalen erachte, den Geist der Verböhnlichkeit unter den verschiedenen liberalen Gruppen zu pflegen und alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich einer Einigung des Liberalismus entgegenstellen. So lange die absolute Notwendigkeit nicht überall erkannt wird, fordert der Landesverband die süddeutschen Liberalen auf, sich in ihren Einigungsbestrebungen durch beratige Vorgänge nicht im geringsten behindern zu lassen, ganz besonders aber erwartet er von den programmatisch geeigneten Organisationen des bayerischen Blocs, daß sie für alle Zukunft jeden (von rechts oder links kommenden) Versuch, durch Hinzuziehung außerparlamentarischer Differenzen Mißbilligung gegen irgend eine Blocpartei zu erregen, auf das Entschiedenste zurückweist. Der Landesverband würde es mit Freuden begrüßen, wenn auch die gesamte liberale Presse sich auf diesen Standpunkt stellen wollte.“

Das ist eine Antwort, die sich sehen lassen kann. Sie ist ein Beweis dafür, daß die süddeutschen Jungliberalen eine Bewegung sind, die entschlossen ist, ohne Rücksicht auf nationalliberale Darmstädter den Weg zu gehen, der durch die Not der Zeit geboten ist. In Süddeutschland steht die programmatische Einigung fest, in Süddeutschland kann ein Fall wie der Darmsstädter gar nicht vorkommen, weil ein Kandidat die Bedingungen des Nürnberger Einigungsprogramms erfüllen muß, Bedingungen, deren wichtigste Herr Stein eben nicht erfüllte, weder in der Wahlrechtsfrage noch in der Koalitionsrechtsfrage. Wie ernst es den bayrischen Jungliberalen mit der Einigung ist, geht u. a. daraus hervor, daß sie zu ihrem Parteitag — und zwar zur öffentlichen wie zur geschlossenen Sitzung — die übrigen Blocparteien in zuvorkommender Weise mit dem Zugeständnis voller Redefreiheit einladen.

Im Anschluß hieran sei aus dem jetzt im Wortlaut gedruckten vorliegenden Referat Prof. Gaenels auf dem Parteitage der Schleswig-Holsteinischen freisinnigen Partei noch folgender Passus wiedergegeben, der gerade auf Darmstadt in volstem Maße zutrifft:

„Wir sind nicht verpflichtet, der Reaktion gegen die Sozialdemokratie Dienste zu leisten im Vordergrund, damit sie uns nach geleisteten Diensten in den Rücken fällt. Ich halte dafür, daß es auch eine Parteierbe gibt, die Genugtuung von ihrem Verleger zu fordern berechtigt und verpflichtet, nötigenfalls durch Zusammenwirken mit einem sonstigen Gegner. Wir gebeneden dabei jener generischen Agitation bei den ersten Wahlgängen, in der man uns, den Liberalen, jede Beschimpfung als Vorwurf der Sozialdemokratie, als wahren Patriotismus mangelnd zufügt, und dann in Frechheit unsere grundsätzliche Gegnerschaft zur Sozialdemokratie und unseren Patriotismus anruft, um in der engeren Wahl unsere Hilfe zu erlangen.“

Wir meinen, das ist deutlich. In einer Reihe von volksparteilichen Blättern der Provinz wird, wie wir mit Genugtuung verzeichnen können, derselbe Standpunkt den Nationalliberalen gegenüber vertreten. Der volksparteiliche „Liegn. Anz.“ z. B. wendet sich sehr entschieden gegen diejenigen, die ein Zusammengehen der Freisinnigen mit jedem Nationalliberalen um jeden Preis für selbstverständlich zu halten scheinen. Die Nationalliberalen seien, wie der Hagener Fall zeigt, umgekehrt nicht dieser Meinung. „Etwas mehr Zurückhaltung, fährt das Blatt fort, wird sich deshalb auch in gewissen freisinnigen Blätter empfehlen, deren bedingungslose Liebe zu den Nationalliberalen unter der freisinnigen Wählerschaft im Lande bereits starke Verwunderung erregt hat.“ — Ebenso erklärt neuerdings die „Zittauer Morgenztg.“, die den reaktionären Charakter der sächsischen Nationalliberalen aus eigener Anschauung zur Genüge kennen gelernt hat, „daß der Nationalliberalismus vielfach eine Beschaffenheit aufweist, die es in keinem Falle gerechtfertigt erscheinen läßt, ihm freisinnige Stimmen zuzuführen, insbesondere dann nicht, wenn die Wahl eines Nationalliberalen gerade eine aktuelle Gefährdung der Volksrechte herbeiführt.“ — Die Zahl dieser Nationalliberalen wächst aber, wie ihr Verhalten bei den neuen Wahlen im Reichstage und ihr Zusammenwirken mit den reaktionären Parteien in den Einzelstaaten zeigt, gerade lawinenartig.

## Kaiser, Reichszentral- und Reichsfinanzreform.

Der Kaiser hat aus Anlaß des Zustandekommens der sogenannten Reichsfinanzreformvorlage an den Fürsten Bülow folgendes an der Spitze des „Reichsanzeigers“ mitgeteilte Handschreiben gerichtet:

Mein lieber Fürst!  
Ihre Meldung von der Annahme der Steuervorlagen im Reichstage hat mich mit lebhaftem Freude und großer Befriedigung erfüllt. Ist damit doch unter dankenswerter patriotischer Mitarbeit der Vertreter des deutschen Volkes für die Finanzen des Reichs eine neue Grundlage gewonnen worden, welche die Möglichkeit bietet, den wachsenden Bedürfnissen der Reichsverwaltung in ausreichendem Maße gerecht zu werden. Ich bin mir wohl bewußt, welcher hervorragende Anteil an dem Gelingen wie dem Gelingen dieses für die Stellung des Reichs nach außen wie für seine innere Festigung und Einweidung gleich bedeutenden Unternehmens dem königlich-deutschen Geschäft und der anstrengenden Hingebung geblieben, mit denen Sie die mühevollen Arbeiten geleitet und gefördert haben.

Von ganzem Herzen beglückwünsche ich Sie daher zu diesem Erfolge, durch welchen Sie sich von neuem den Dank Ihres Kaisers und Königs wie des Vaterlandes erworben haben. Zugleich benutze ich die Gelegenheit, Ihnen, mein lieber Fürst, meine innigen Freundschaft auszusprechen, daß Ihre durch das Übermaß der Arbeit angegriffene Gesundheit durch Gottes Gnade vollständig wieder hergestellt ist und ich mich der zuverlässigen Hoffnung hingeben kann, daß Ihre ausgezeichneten Dienste mir noch recht lange erhalten bleiben zum Segen für das deutsche Volk und Vaterland. Ich verbleibe mit unveränderlichem Wohlwollen und Vertrauen

Ihre wohlgeneigte und dankbare Kaiser und Königin  
Wilhelm, I. R.

Neues Palais, den 21. Mai 1906.

Man wird kaum mit der Annahme fehlgehen, daß, wenn der Kaiser in dem obigen Schreiben ausdrücklich die Hoffnung ausdrückt, Fürst Bülow werde noch recht lange Reichszentraler bleiben, hierin ein deutlicher Wink an alle diejenigen liegt, die in der letzten Zeit versucht haben, die Stellung des Reichszentralers direkt oder indirekt zu erschüttern.

## Aus Rußland.

Eine Amnestie ist, wie aus Petersburg gemeldet wird, darum am Geburtstage des Zaren nicht gewährt worden, weil die dazu erforderlichen Arbeiten in der Kürze der Zeit nicht zu bewältigen waren. Man rechnet jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit darauf, daß der Zar am Krönungstage (27. Mai) dem russischen Volke Gnade spendet. — Uebrigens

erhielt der Präsident der Reichsduma am Sonntag die amtliche Mitteilung, daß der Empfang der Abordnung zur Ueberreichung der Adresse in Peterhof nicht stattfinden könne, da derartige Beschlüsse dem Kaiser durch den Hofminister zu übermitteln seien. Eine gleiche Mitteilung sei dem Präsidenten des Reichsrats zugegangen. Die Angelegenheit soll in der Dumaabstimmung am heutigen Montag zur Sprache gelangen.

Aus der russischen Reichsduma. Die auf Montag vormittag angeetzte Sitzung der Duma wurde mit 1 1/2 stündiger Verspätung eröffnet. Die Parteien benutzten die Zeit zur Besprechung des Verhaltens gegenüber dem Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten der Duma, in dem Goremjtsin mitteilt, die Adresse der Duma sei dem Kaiser nicht durch eine Deputation, sondern derjenigen des Reichsrats durch eine besondere Eingabe des Reichsrats zu unterbreiten. Bei Eröffnung der Sitzung verlas der Präsident Murozom das Schreiben Goremjtsins, wobei das Haus vollkommene Ruhe bewahrte. Nachdem mehrere Redner die Ansicht vertreten hatten, daß es sich hier um eine Formfrage handle, die keinesfalls zu einem Konflikt mit der Regierung führen dürfe, beschloß die Duma, die Adresse mittels Immediatengabe ihres Präsidenten an den Kaiser zu übermitteln. Während dieser Vorgänge berührte im Laufe vollständige Ordnung, der Ministerialrat war leer, nur einige Reichsräte waren anwesend. Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung, Mandatsprüfungen, ein.

Die Agrarkommission der Kadetten beschloß, die „Novoje Wremja“ zufolge einen von 30 Abgeordneten unterzeichneten Antrag über unverzügliche Beratung der Agrarfrage durch die Duma einzubringen. Die Frage soll einer 33 gliedrigen Kommission übergeben werden. Ferner wurde beschlossen, im Reichsrat eine Fraktion der Kadetten zu bilden.

Gegen einen Kosakenoffizier wurde am Sonntag in Grodno eine Bombe geschleudert, durch deren Explosion der Offizier leicht verwundet und die Scheiben der benachbarten Häuser zertrümmert wurden. Der Urheber des Anschlags, angeblich ein Jude, ist entkommen.

Ein Bombenanschlag auf einen Oberst wurde, dem „Lof. Anz.“ zufolge, in Kalisch verübt. Als dort am Montag früh der Dragonerobersitz Graf Keller zu Pflonitz vom Exerzierplatz zurückkehrte, wurde eine Bombe nach ihm geschleudert. Das Pferd wurde getötet, Keller selbst schwer verletzt.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Kaiser Franz Joseph ist von Wien kommend Sonntag Abend in Budapest eingetroffen und von einer nach Zehntausenden zählenden Menge begeistert begrüßt worden. — Die ungarische Unabhängigkeitspartei hielt in Budapest am Sonnabend eine Konferenz ab. Auf dieser führte Handelsminister Kossuth in einer Rede aus, die Partei habe nach jahrelangem Kampfe die Mehrheit erlangt, doch müsse sie die Rechte der Majorität mit Mäßigung und Vorsicht üben, umso mehr als sie zu einer Koalition gehöre, in der keine der vereinigten Parteien ihre Grundzüge unbedingt verwirklichen könne. Die Nation habe bei den Wahlen zum Ausdruck gebracht, daß das Steuerrecht in die Richtung der Kossuthpartei gelenkt werden müsse. Der Minister erklärte weiter, da bei der Eröffnung des Reichstages in der königlichen Burg gewisse Anzeichen, die das Nationalgefühl verletzten, fehlen werden, so würden selbstverständlich die Minister, die Mitglieder der Kossuthpartei seien, erscheinen. Die Kossuthpartei beschloß darauf, bei Eröffnung des Reichstages in dem königlichen Schloß zu erscheinen, während sie bisher an solchen Festerlichkeiten nicht teilgenommen hat. — Ministerpräsident Prinz Hohenlohe empfing am Sonnabend die Vertreter der drei zentralen industriellen Körperschaften Oesterreichs.

Auf die Ausführungen des Sprechers erwiderte der Ministerpräsident, er begrüße mit Freude die Vertreter der Industrie, von deren Bedeutung für das gesamte staatliche Leben er seit jeder Durchdringung sei und deren Förderung eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Verwaltungen bilde. Er wünsche, daß von allen staatlichen Elementen nicht nur die bestehenden Industrien gefördert werden, sondern daß sie sich auch angelegen sein lassen, bei Aufhebung neuer Anlagen in jeder Weise fördernde Hand zu bieten. In der Robinsampfrage siehe er auf dem Boden des Gesetzes. Er werde darauf sehen, daß dieses von allen Seiten geachtet werde. Der Ministerpräsident erklärte sodann inbetriff des Verhältnisses zu Ungarn, er werde mit der größten Energie die Interessen der diesseitigen Reichshälfte wahren, was auch von der Aufstellung der Heereslieferungen gelte, und einseitige Abänderungen des bestehenden Verhältnisses zu Ungarns Oesterreichs unter gar keinen Umständen zulassen. Schließlich erklärte sich der Ministerpräsident stets bereit, den Industriellen jede gewünschte Aufklärung zu erteilen und in steter Föhrung mit ihnen das Wohl der Industrie zu fördern.

**Italien.** Der König von Italien habe am Sonntag zwecks Lösung der Krise Unterredungen mit Finali, Giolitti und Sallo. — Der Papst hat eine ruhige Nacht verbracht. Der Schmerz und die Anschwellung am Knie haben sich vermindert. Die Bewegungen des Fußes vollziehen sich leichter und schmerzlos. Doch wird der Papst das Bett noch vier oder fünf Tage hüten müssen.

**Frankreich.** Die Stichwahlen zur französischen Deputiertenkammer fanden am Sonntag in 156 Wahlkreisen, die sich auf 65 Departements einschließlich Alger und Martinique verteilen, statt. Am Montag bis 3 Uhr morgens waren 155 Kreise bekannt. Davon entfielen nach offiziellen Angaben 140 auf den Block und 15 auf die Opposition. Die Gruppe des Blocs gewann einundvierzig Mandate und verlor 6. Mit dem im ersten Wahlgange gewonnenen 22 Mandaten beträgt die Gesamtsumme der Gewinne der Blocpartei 37 Mandate. Die neue Kammer wird nach einer Zusammenkunft des Ministeriums des Innern 79 Reaktionsäre, 30 Nationalisten und 66 Progressisten (gemäßigte Republikaner) zählen, ferner 118 Radikale, 127 sozialistische Radikale, 56 geringe und unabhängige Sozialisten. Die Wahlergebnisse aus den überseitschen Bezirgen leben noch aus. — Die Pariser oppositionellen Blätter erklären, daß der Sieg des Blocs vor allem einen Sieg der revolutionären Sozialisten bedeute. Die radikalen und sozialistischen Blätter erklären, Frankreich habe durch die Wahl den lebensfähigen Willen befunden, die Politik der Republik und der sozialistischen Reformen aufrecht zu erhalten. Mit besonderer Befriedigung heben die radikalen Blätter die Niederlage des Obersten Marchand, des Hauptmanns Guyot de Villeneuve, des Majors Driant und die des Führers der gemäßigten Republikaner Grafen Roncibello hervor, welcher in Reims gegen den radikalen Bürgermeister Pozzo unterlag. Bemerkenswert ist, daß die Nationalisten und Gemäßigten in den östlichen Departements bei den Stichwahlen durchweg unterlagen. — Die bei den Stichwahlen vorgenommenen Rückforderungen waren bedeutungslos und wurden ohne Mühe unterdrückt.

**England.** Zur Besserung der englisch-deutschen Beziehungen werden nach einer Meldung der „Daily News“ seitens eines englischen Vereins Vorbereitungen für den Besuch von etwa dreißig Verlegern und Redakteuren deutscher Blätter in der Zeit vom 20. bis 27. Juni d. J. getroffen. Der Besuch der deutschen Städtevertreter in London wird von der Londoner Presse durchaus freundlich kommentiert. — Premierminister Campbell-Bannerman empfing am Sonnabend eine Abordnung der sogenannten Suffragettes, Frauen, die für das Wahlrecht der Frauen eintreten. Der Ministerpräsident erklärte der Abordnung, die von 40 Parlamentenmitgliedern begleitet war, daß sie sich nur noch kurze Zeit würden gedulden müssen. Er glaube, daß nicht mehr viele Jahre vergehen, bis das Wahlrecht der Frauen eingeführt sein würde, doch müsse er sich begnügen, ihnen diese nur sehr beschränkte Ermüdung zuteil werden zu lassen. — Ein marokkanischer Seeräuber Valiente griff, wie Londoner Blätter aus Gibraltar melden, das in Gibraltar beheimatete englische Segelschiff „Confucius“ fälschlich von Ceuta auf. Drei Mann der Besatzung wurden gefangen genommen. Der Eigentümer der „Confucius“ erhob bei der Regierung energische Vorstellungen und verlangte sofortige Hilfe und Schutz.

**Niederlande.** Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, welcher die Zustimmung der Kammer zu einem Protokoll fordert, welches die russische Regierung in der Absicht, den auf der ersten Friedenskonferenz nicht vertretenen Mächten die Teilnahme an der zweiten Konferenz zu erleichtern, sofort nach Eröffnung der zweiten Konferenz von den Bevollmächtigten der Signalmächte der Konvention von 1899 unterzeichnen lassen will. Das Protokoll soll festlegen,

daß die auf der ersten Konferenz nicht vertretenen, aber zur zweiten eingeladenen Mächte als der Konvention zur friedlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten beigetreten gelten sollen von dem Augenblick an, wo sie diesen Beitritt der niederländischen Regierung mitteilen.

**Portugal.** Die Ministerkrise ist durch die Neubildung des Kabinetts beseitigt worden.

**Griechenland.** Zum griechischen Kammerpräsidenten wurde Buzidias (Anhänger der Regierungspartei) mit 106 Stimmen gewählt. Vukuris (Nationalist) erhielt 41 Stimmen.

**Persien.** Der Zustand des Schahs von Persien löst Beunruhigung ein. Die starke Hitze rief bei ihm anhaltende Ohnmachten hervor, auch ist er akuten Schikanen ausgesetzt.

### Deutschland.

Berlin, 22. Mai. Das Kaiserpaar unternahm gestern morgen vom Neuen Palais aus einen Spazierritt. Später hörte der Kaiser die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts, des Staatssekretärs des Reichs-Marineamts und des Chefs des Militärkabinetts, in dessen Gegenwart der Vorleser der Geheimen Kriegeskanzlei Major von Wangenheim die neue Rangliste überreichte.

— (Der Eisenbahnminister Breitenbach) hat die Informationsreise nach Süddeutschland angetreten.

— In der Plenarsitzung des Bundesrats am Sonnabend wurden die Auswahlanträge, betreffend die zweite Ergänzung zum Reichshaushaltsetat und die Ergänzung zu dem Entwurfe des Haushaltssetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906, angenommen. — Wie schon ausführlich mitgeteilt, sind die beiden Nachtragsetats dem Reichstag sofort zugegangen.

— (Als einen Gegner der Kolonialpolitik) hat sich der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Herr v. Wangenheim, in einer Versammlung der Landesabteilung Mecklenburg der Bänder zu Güstrow bekannt. Wie die „Mecklenb. Jg.“ mitteilt, sagte Herr v. Wangenheim, er sei mit der Kolonialpolitik nicht einverstanden, denn die Geschichte vieler Staaten zeige, daß die Erwerbung von Kolonien zum Untergang geführt habe. — Wenn das die Meinung der Bänder ist, dann müßten sie im Reichstag sämtliche Ausgaben für Kolonien entschieden ablehnen. Davors hat man aber bis jetzt noch nicht das Geringste gemerkt. Der hiesigen die Agrarier im Parlament ebenso inquirig über die „gräßlichen Kolonien“ die Kauf in der Tasche wie über die „gräßliche Flotte“ und wagen nur nicht, ihrer realen Anschauung offen Ausdruck zu geben?

— (Von der Hauptversammlung des Flottenvereins.) Wenn auch die Reichsmarineverwaltung auf der Hamburger Tagung des Flottenvereins offiziell nicht vertreten war, so ist ihm doch Balsam auf diese Wunde geträufelt worden durch das Erscheinen des Prinzen Heinrich. Allerdings ist der Bruder des Kaisers nicht ganz spontan gekommen, er hat erst einer telegraphischen Einladung der Herren Folge gegeben. Die Begrüßungsansprache des hohen Protektors mit ihrer recht beachtlichen Anspielung, sich die gemäßigte Haltung des bayerischen Landesverbandes des Flottenvereins zum Muster zu nehmen, dürfte auch unter den engeren Mitgliedern des Vorstandes mit einigen gemischten Gefühlen aufgenommen worden sein. Immerhin läßt sich nicht leugnen, daß diejenige Richtung im Flottenverein, die durch ihre daraufgängere Agitation dem Staatssekretär des Reichsmarineamts schon manche böse Stunde bereitet hat, in Hamburg formell den Sieg davongetragen hat. Herr v. Würzburg, der Vorsitzende des süddeutschen Verbandes, ist freiwillig mit General Menges aus dem engeren Präsidium ausgeschieden. Von General Menges nahm man bisher allgemein an, daß er zusammen mit Generalmajor Keim die treibende Kraft gewesen ist bei den Vorstößen gegen Herrn von Tirpitz. Der Gegensatz zwischen dem Flottenverein und der Reichsmarineverwaltung ist jedenfalls durch die einstimmig angenommene Resolution in keiner Weise gemildert, geschweige denn beseitigt. Es ist in der Diskussion von einem Redner ziemlich schäblichen der Wunsch ausgesprochen worden, daß man in Zukunft davon absehen solle, in der Agitation für den Verein den Wert der deutschen Flotte gegenüber dem Auslande herabzusetzen. Es ist doch aber recht bezeichnend für die Zutranngens der großen Mehrheit der Versammlung, daß man nach der Darstellung des „Hamb. Kor.“ andere Redner, von denen man ebenfalls einen oppositionellen Standpunkt gegen die Vereinsleistung erwarten durfte, überhaupt nicht mehr zu Worte kommen ließ. Tatsache ist ferner, daß der Wortlaut der Resolution die Stürmer und Dränger keineswegs zu einem Verzicht auf die bisher beliebte Agitationsmethode verpflichtet. Es wird also ganz von dem Takt der tonangebenden Herren des Flottenvereins abhängen,

ob sie der nach der gleichen Richtung ausgesprochenen Mahnung des Prinzen Heinrich in Zukunft Folge leisten wollen oder nicht. Eine Zusage, daß solche unser Ansehen im Auslande schwer schädigende und unser freundschaftliches Verhältnis bedrohende Agitationsformen in Zukunft unterbleiben werden, haben sie jedenfalls nicht gegeben, und wir fürchten daher, daß Herr v. Tirpitz mit den Herren vom Flottenverein noch manche schlimme Erfahrung machen wird.

— (Der antikemistische Abg. Krösel), Vertreter des Wahlkreises Wirtz-Saagitz gehört zu den größten Schwänzern im Reichstage. Wie das „Wirtzher Kreisblatt“ feststellt, hat sich Krösel speziell an den Steuergesetzen gar nicht beteiligt. Denn er hat gefehlt bei der Abstimmung über die Biersteuer, gefehlt bei der Abstimmung über die Zigarettensteuer, gefehlt bei der Abstimmung über die Fabrikantensteuer, gefehlt bei der Abstimmung über die Automobilsteuern, gefehlt bei der Abstimmung über die Zantiensteuer. Das „Wirtzher Kreisblatt“ bemerkt u. a. dazu:

„Da Herr Krösel gegenwärtig nicht krank ist, so ist vorberhand unergänzt, womit der Abg. Krösel sein Fernbleiben von den Reichstagsverhandlungen, zumal bei so wichtigen Verhandlungen, wie es die Reichsfinanzreform ist, entschuldigen will! . . . Dieses eigentümliche Verhalten des Herrn Krösel steht in merkwürdigem Widerspruch zu seiner oft von ihm abgegebenen Erklärung und Versicherung, daß er im Reichstage für die Interessen des schwerbedrängten Mittelstandes eintreten wolle. Wir fragen erkaunt, wie kann ein Abgeordneter für den Mittelstand eintreten, der sich überhaupt nicht an den Arbeiten des Reichstages beteiligt und niemals oder nur höchst selten, wenn er seine Privatfachen dort vorbringen will, im Reichstage anwesend ist?“

Das Schöne aber ist, das Abg. Krösel, während er sich um die parlamentarischen Verhandlungen über die Steuerprojekte gar nicht gekümmert hat, im Kreise Wirtz herumgerast ist, in zahlreichen Versammlungen über die Steuervorlage gesprochen und zum Schluß darüber hat abstimmen lassen, welche neuen Steuern die Anwesenden haben wollten und für welche neue Steuern der Abg. Krösel im Reichstage stimmen solle. Die Berichte über all die Versammlungen erschienen in der Krösel'schen Zeitung „Der Mittelstand“, und im großen und ganzen haben sich all die Versammlungen, wie Herr Krösel selbst berichtet, für die Bier-, Automobilst-, Zantien-, Zigaretten- und Zigaretten-, überhaupt für Tabak-, Zerkens- und Reichs-Erbschaftsteuer mit starker Einschränkung ausgesprochen. Dieser Aufgabe ungeachtet, die er sich selbst in 12 Versammlungen erteilen ließ, hat der brave Antisemit im Reichstage bei den Abstimmungen über neue Steuern einfach durch Abwesenheit gegläntzt. Das „Wirtzher Kreisblatt“ meint, „es sei alles schon dagewesen, aber so was ganz gewiß noch nicht“. Wenn das Kreisblatt die parlamentarische Tätigkeit der Antisemiten überhaupt genau kennen würde, so würde es sich nicht allzu sehr über das Verhalten des Vertreters seines Wahlkreises gewundert haben, denn es entspricht nur ganz der Gepflogenheit eines Ahlwardt und Konsorten. Aber ein Mustername ist dieser Herr Krösel allerdings!

### Parlamentarisches.

— Die Wahlsprüfungscommission des Reichstags hat in kurzer Folge die Wahlen der drei elfsässischen Abgeordneten Jauney, Wittberger und Höffel für gültig erklärt, obwohl in allen drei Fällen die Majoritäten nur sehr geringe, die in dem Protokoll erhobenen Beschwerden über von amtlicher, bezw. von geistlicher Seite betriebene Wahlbeeinträchtigungen aber von sehr erheblicher Bedeutung waren. Mit den Konservativen und dem Zentrum stimmten in der Kommission regelmäßig auch die National-liberalen — nur bei dem Protokoll gegen Wittberger stimmte ein nationalliberales Kommissionsmitglied mit der Minorität —, um so auch bei dieser Gelegenheit ihre Solidarität mit den reaktionären Parteien zum Ausdruck zu bringen. In die richtige Beleuchtung wird das Verhalten der Mehrheit aber erst gerückt, wenn man damit vergleicht den Beschluß der Kommission bei dem Protokoll gegen die erste Wahl des Abgeordneten Straßburg-Land, Blumenthal. Das Mandat wurde damals von der Kommission wegen einiger unbedeutender formaler Versehen kurzer Hand für ungültig erklärt. Im Falle Blumenthal handelte es sich freilich für die Mehrheitspartei um die Kaffierung eines demokratischen Mandats, während jetzt die Gültigkeit von Mandaten zweier tierischer Glässer und eines Freikonservativen in Frage stand. Diese Gegenüberstellung kennzeichnet recht hübsch die politische Moral, die heute in der Wahlsprüfungscommission des Reichstags herrscht.







Erste Beilage.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 19. Mai. Der Magistrat hat eine Vorlage ausgearbeitet, der zufolge arbeitsunfähigen sächsischen Arbeitern, die mindestens 10 Jahre ununterbrochen im Dienste der Stadt stehen, Ruhegehalt, ihren Witwen und Waisen Versorgung zuteilt. Die Pension beträgt nach 10 Jahren 1/100, und steigt jedes Jahr um 1/100; sie soll mindestens 210 Mk. im Jahr betragen. Die Witwen erhalten 40 % des Ruhegebhalts, das der Mann bezogen haben würde.

† Weissenfels, 21. Mai. Bei einem Gewitter in Sirendau hat der Blitz zwei an der elektrischen Leitung tätigen Arbeiter auf der Grube „Emma“ die Augen ausgebrannt.

† Erfurt, 21. Mai. Durch eine Benzinexplosion verunglückten heute abend in der Schußfabrik von Gebrüder Hesse sechs Personen. Zwei Arbeiter waren sofort tot. Drei Frauen und ein Arbeiter wurden lebensgefährlich verletzt. Die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt.

† Stendal, 20. Mai. Der Verwaltungseckretär des benachbarten Seebadens Calbe a. M. wurde wegen Unterschlagungen, die die Höhe von etwa 8000 Mk. betragen sollen, verhaftet.

† Wolmirstedt, 20. Mai. Ein schweres Automobilunglück hat sich hier ereignet. Ein Automobil rief mit einem Frachtwagen zusammen. Die fünf Insassen des Autos wurden hinausgeschleudert; einer von ihnen ist schwer verletzt. Bei dem Zusammenrall erlitten zudem der Benzinkanister des Automobils, das vollkommen in Trümmer ging.

† Meiningen, 21. Mai. Die Vergiftungsaffäre in dem Nachbarort Willmaris ist darauf zurückzuführen, daß die Frau der vom Unglück betroffenen Familie Schuch fast Karbolsäure versehenlich Rattengift dem Klobknecht beimengte. Der alte Schuch fiel schon während des Essens tot hin, die Gekfrau und die Tochter folgten im Tode bald nach.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 23. Mai 1906.

\*\* (Personalnotiz.) Der bei der hiesigen königlichen Regierung beschäftigte Regierungsassessor v. Helfermann ist zum Regierungsrat ernannt worden.

\*\* Mit welchen gefährlichen Feinden es das Geflügel auf diesem Osthobstbeete zu tun hat, zeigt die Tatsache, daß von 9 Stück jungen Hühnerchen, welche die Alten vor einigen Wochen ausgebrütet haben, jetzt nur noch eine vorhanden ist. Die anderen sind von den Wasserratten geraubt und gefressen worden. Die Vertilgung dieser heimtückischen Räuber sollte mit allen Mitteln angestrebt werden.

\*\* Eine starke Abkühlung ist der in ganz Deutschland herrschenden Regen- und Gewitterperiode gefolgt. Das Quecksilber des Thermometers war am Dienstag früh bis auf 6 Grad Reaumur herabgegangen. Aus den Alpen wird sogar gemeldet, daß wieder Schnee in ganz erheblichen Mengen gefallen ist.

\*\* In einem hiesigen Garten wurde gestern auch der letzte der alljährlich im Frühling hier eintreffenden Zugvögel, der Pirol, beobachtet. Mit ihm schließt sich wieder die lange Reihe unserer gefiederten Sommergäste, von denen die meisten bereits eifrig beim Brüten sind oder wohl gar schon die ersten Jungen herausgebracht haben. Darum sei auch gerade jetzt die gesamte Vogelwelt dem Schutze edler Menschen ganz besonders empfohlen.

/. Welch enorme Regenmenge in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in unserer Stadt hernieder gegangen ist, zeigt die Feststellung der hiesigen meteorologischen Station, wonach auf ein Quadratmeter 16 Liter Wasser fielen.

\*\* Erweiterung des Fernsprechverkehrs. Merseburg ist zum Sprechverkehr mit Blöndorf und Seyda (Bez. Halle) zugelassen. Gebühr für je 3 Minuten je 50 Pf.

\*\* Unser künftiges Blinden- und Taubstummen-Asyl wird es interessieren zu erfahren, daß der fürzlich in unserer Nachbarstadt Halle mit großem Erfolge aufgetretene blinde Pianist Albert Wern demnach auch hier ein Konzert zu geben gedenkt. Wir machen schon heute hierauf aufmerksam und werden auf die Leistungen des Künstlers später nochmals zurückkommen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 21. Mai 1906.

Der stellvertretende Vorsteher Stadtv. Grempler eröffnet die heutige außerordentliche Sitzung mit der Mitteilung, daß eine Einladung der hiesigen Barbier-

Heilgehilfen, Friseur- und Berückenmacher Innung zum 31. Beiratsstag des Sächsisch-Anhaltinischen Bezirksverbandes deutscher Barbier, Friseur- und Berückenmacher-Innungen, zugleich verbunden mit dem 30-jährigen Stiftungsfeste der hiesigen Innung vorliegt. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetragen:

1. Ersatzwahl für die Wahlkommission. An Stelle des zum Stadtrat gewählten Stadtv. Blankenburg wurde durch Stimmzettel Stadtv. Frauenheim mit 17 von 23 abgegebenen Stimmen gewählt.

2. Ersatzwahl für Deputationen. In den Sparrassen-Vorstand wurde aus gleichem Anlaß das bisherige stellvertretende Mitglied Stadtv. Berger als Mitglied und als dessen Stellvertreter Stadtv. Hügon gewählt. — In die Baudeputation wurde Stadtv. Beyer gewählt. — In einem Schreiben an den Magistrat teilt Herr Rentier Dredner mit, daß er von seinem Amt als Mitglied der Baudeputation zurücktritt. Als Grund führt Herr Dredner die Stellungnahme der Stadtv.ordneter-Versammlung zu der Festlegung der Baufluchtlinie der Karlstraße an, in der diese Angelegenheit einer gesonderten Kommission zur nochmaligen Prüfung überwiesen wurde und nicht der zuständigen Baudeputation. Er erblickt in dieser Stellungnahme ein Mißtrauensvotum für die Baudeputation und legt deshalb sein Amt nieder. Der Magistrat empfiehlt der Versammlung, durch die Wiederwahl Herrn Dredners das Vertrauen auszusprechen, welches die Körperschaft für ihn infolge seiner langjährigen treuen Dienste in der Deputation und seiner eingehenden Kenntnisse der hiesigen Verhältnisse hegt. Die Versammlung wählte hierauf Herrn Dredner einstimmig wieder.

3. Die Ersatzwahl für den zum Stadtrat gewählten Stadtv. Blankenburg wird bis zu den allgemeinen Wahlen im Jahre 1907 ausgesetzt. Stadtv. Blankenburg war von der 1. Abteilung gewählt worden.

4. In die alljährlich zu wählende Kinderfest-Kommission werden die vorjährigen Mitglieder wiedergewählt.

5. Ersatzwahl für den Schiedsmanns-Stellvertreter des 3. Bezirks. Herr Kaufmann Schirmer hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Schiedsmanns-Stellvertreter niedergelegt. Bis zum Ablauf der Wahlperiode, Juli 1907, wird Herr Kaufmann Richard Wiegand gewählt.

6. Anschluß der Neubauten am Gerichtsrain an die städtische Kanalisation. Berichterstatter Stadtv. Gilert. Die Anlieger des Gerichtsrains, Baufirma Gebr. Graul und Lehrer Wild, haben um Anschluß ihrer Wohnhäuser an die Kanalisation ersucht. Der Magistrat und die Baudeputation haben beschlossen, den Gerichtsrain mit einem Kanal zu versehen, wenn sich die beiden Petenten verpflichten, bis auf weiteres 4 Proz. der Kanalisations-Gebühren zu entrichten und den Anschluß vom Hauptrohr bis zum Grundstück auf eigene Kosten ausführen zu lassen. Die Kosten, die der Stadt verursacht werden, sind auf 1200 Mk. veranschlagt worden. Die Versammlung gibt hierzu ihre Zustimmung.

7. Beschlußfassung über die Verträge bezüglich des Seminarbaus. Berichterstatter Stadtv. Scholz. Der Entwurf des Vertrages über die Vermietung des Lehrerseminars an den Fiskus ist vom Magistrat eingehend geprüft und hat derselbe beschlossen, den Vertrag, wie er vorliegt, der Versammlung zur Annahme zu empfehlen, da nach dem am 4. April d. J. mit Vertretern des Ministeriums und Provinzial-Schulkollegiums gepflogenen Verhandlungen weitere Abänderungsvorschläge keine Berücksichtigung finden und nur dazu dienen könnten, daß das Seminar nicht nach hier verlegt werden würde. Zu dem Vertrage sind zwei Abänderungsvorschläge eingebracht worden, welche aber nur redaktioneller Natur sind. Die Hervorhebung des Seminars wird vom Magistrat als erstrebenswert und vorteilhaft für die Stadt bezeichnet und die bedeutenden finanziellen Opfer, die der Stadt dadurch auferlegt werden, lassen sich voll und ganz rechtfertigen. Die Baukosten des Seminars sind auf 300 000 Mk., die Grundvermögenskosten auf 12 000, die Pfaster-, Kanalisations-, Wasserleitungs-, Gasleitungs- u. s. w. Kosten auf 58 000 Mk. veranschlagt, so daß die Gesamtaufgaben 370 000 Mk. betragen dürften. Eine 5-prozentige Verzinsung und 1/2-prozentige Amortisation würde eine jährliche Ausgabe von rund 20 000 Mk. erfordern. Vom Fiskus erhält die Stadt eine jährliche Miete von 5000 Mk., so daß sich demnach der jährliche Zuschuß der Stadt auf 15 000 Mk. belaufen würde. Außerdem hofft die Stadt noch 300 Mk. für die Dienstwohnung des Seminarleiters zu erhalten. Der im Vertrage geforderte 2 ha große Platz für das Seminar nebst Einrichtungen soll von dem 4 ha 85 ar großen, der Stadt gehörigen früheren Dom-

kapitelsplane entnommen werden. — Der Vertrag wird hierauf vom Berichterstatter verlesen, den wir hier kurz in seinen Hauptpunkten festzulegen wollen: Der Vertrag lautet über die Erbauung und Vermietung des Lehrerseminars für 90 — nach dem Abänderungsvorschlag — im Ernteauf unterzubringende Seminaristen in Merseburg. § 1. Das Seminar ist bis zum 1. April 1909 zu vollenden. Den Bau hat die Stadt Merseburg auf ihre Kosten auf Anordnung des Provinzial-Schulkollegiums vorzunehmen. Hierauf folgt eine Aufzählung der einzelnen Zimmer und Räumlichkeiten nach Bezeichnung und Größenverhältnissen. Danach sind erforderlich 2 Lehrsäle für je 30 Seminaristen, 1 Lehrsaal für 60 Seminaristen, eine große Aula mit Orgel, 1 Musiksaal mit Flügel und Orgel — nach dem Abänderungsvorschlag soll statt „mit“ „für“ gesetzt werden — ein Zeichenaal, Unterrichtsräume, Übungszimmer, eine Turnhalle von 20 m Länge und 11 m Breite, Bibliothek- und Konferenzzimmer, Zimmer für Lehrmittel, ein Zimmer für naturwissenschaftliche Sachen, Arbeitsaal für 33 Seminaristen, Badeanlage mit 10 Brausen und 3 Bädern und Wasdraum. Für spätere Erweiterungen sollen zwei Referenzräume vorgesehen werden. Die Unterrichtsräume u. s. sind mit Zentralheizung zu versehen. Weiter soll eine Dienstwohnung für den Leiter der Anstalt (6 Wohnzimmer mit Nebenräumen), eine solche für einen Seminarlehrer (4 Wohnzimmer mit Nebenräumen) und im Erdgeschoss eine für den Schulbedienten vorhanden sein. Diese Wohnungen sind mit Kochöfen auszurüsten. Sämtliche Gebäude sind mit Blitzableitern und auf dem Hauptgebäude mit einem Flaggennast zu versehen. Ferner ist ein Garten zur Anleiner der Seminaristen im Garten- und Obstbau und in der Viehzucht erforderlich. § 2. Die Leitung des Baus übernimmt der Kreis-Baubeamte unter Oberleitung der kgl. Regierung gegen eine vorchriftsmäßig festgesetzte Entschädigung. § 3. Die Vermietung erfolgt gegen eine Entschädigung von jährlich 5000 Mk. Das Seminar ist möglichst von anderen Bauten, Fabriken u. s. freizubehalten und von 4 Straßen zu umgeben. § 4 enthält die Bestimmungen über das Kündigungsgeld. Vorläufig bindet sich die Stadt auf eine Vertragsdauer von 25 Jahren. § 5. Nach Uebergabe des Seminars vorzunehmende bauliche Veränderungen sind vom Fiskus auszuführen. § 6. Der Bau ist in getrocknetem Zustande zu übergeben. Mietzahlung erfolgt vom Tage der Uebernahme an. § 7. Die Stadt trägt die Straßenreinigungskosten, ebenso die Kosten für Wasser-, Gas- und Kanalisationsleitung. Die Kosten für Beleuchtung, Beschaffung von Utensilien in Unterrichtsräumen und der Turnhalle trägt der Fiskus. Reparaturen, wie Streichen der Wände, hat die Stadt auszuführen. § 8. Die Stadt verpflichtet sich, für die Seminaristen in einer evangelischen Kirche Plätze zu reservieren. § 9 betrifft die Verteilung der Stempelkosten.

Der hies. Vorsteher Stadtv. Grempler stellt hierauf die Generalfrage zur Diskussion, ob die Stadt ein Seminar haben wolle oder nicht. Ohne Debatte entschied sich die Versammlung einstimmig für die Beantwortung mit „Ja“. Hierauf wurde in die Einzelberatung der Paragraphen des Vertrages eingetreten. Bürgermeister Röhde empfahl nochmals, den Vertrag so anzunehmen, wie er ist und auf keine allzu tief gehenden Abänderungen einzugehen. Die schwebenden Besenken sind schon in den Verhandlungen mit den Vertretern des Ministeriums beseitigt, insbesondere sind die ursprünglich geforderten Kosten für Pfasterungen auf ein entzweiges Maß reduziert worden. Die Paragraphen werden dann einzeln nach dem Vorschlage des Magistrats und mit den bereits oben angeführten geringfügigen Abänderungen angenommen, davon § 2 unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Übungsraumvertrag, der sich mit der Verpflichtung beschäftigt, 150 bis 180 schulpflichtige Kinder dem Seminar zur Verfügung zu stellen, deren Auswahl und Beschulung usw., ev. Errichtung eines Übungsraumbezirktes, wird nach dem Vorschlage des Magistrats ohne Debatte genehmigt.

Außerhalb der Tagesordnung wird noch ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, dem Bademeister Luge der städtischen Badeanstalt zu gestatten, die Badesaison bereits am 1. Juni zu eröffnen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten im Betrage von 20 Mk. werden auf Antrag des Stadtv. Krüger genehmigt. — Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr abends.

In der geheimen Sitzung wurde die Magistratsvorlage, betr. das Gesuch eines Hausmanns um Verpflügung seiner beiden Söhne in der Anstalt, angenommen.





Umgangshalber mehrere  
**gebrauchte Möbel**  
zu verkaufen Reumarkt 25.

Gisäften  
und 2 tüchtiger Kleiderschrank  
blüsig zu verk. Zu erst. in der Exped. d. Bl.

**Ein eiserner Geldschrank,**  
gebraucht, ist preiswert zu verkaufen  
Unteraltendurg 48, part.

**Ein Kinderwagen**  
zu verkaufen Globatauerstr. 21. 2 Tr.

**Pferde zum Schlachten**  
kauft Reinh. Möbius, Hah-  
Oberbreitenstraße 22.

**Not- und Leberwurst**  
a Pfund 80 Pf., bei Abnahme von 5 Pfund  
3,50 Mark.

**fetten Speck** a Pfund 90 Pf.  
bei Mehrabnahme billiger.

**K. Kellermann, Fleischermstr.**  
Gute gesunde frische

**Möhren,**  
goldgelbe Bobbericher, a Ztr. 90 Pf.,  
**Speisekartoffeln,**  
Magnum bonum u. Auguster, a Ztr. 1,50 Mk  
ab Hof hat abzugeben

**Mittergut Nothbach,**  
Froning Sackfen.

**Photographische  
Anstalt**  
von  
**Max Herrfurth**  
Breitenstraße 8.

Von der Reise zurück!  
**Dr. med. Kulisch,**  
Arzt für Harn- u. Blasenleiden,  
sowie alle Hautkrankheiten.  
Halle a. S., Leipzigerstr. 100.

**Preussischer  
Beamten-Verein.**  
Unsere Mitglieder erhalten Dupendularen  
zum Sommertheater hier zu bedeutend er-  
mäßigten Preisen nur bei der Vereins-  
botenkauf Brand in, an der weißen Mauer 19,  
bis einschli. 2. Juni. Der Vorstand.

**Musiker-Verein  
„Augusta“**  
hält Donnerstag den 24. d. M. (Himmelfahrt)  
von nachm. 3 Uhr und abends 8 Uhr an sein  
**Tänzhchen**  
im „Casino“ ab.  
Freunde und Gönner willkommen.  
Der Vorstand.

**Atzendorf.**  
Donnerstag den 24. Mai ladet zum  
Ball des Radfahrer-Vereins  
freundschaftlich ein Der Vorstand.

**Stäffehaus Meinschan.**  
Himmelfahrt  
**gr. Fröhlichoppen-Konzert.**  
(Bei günstiger Witterung.) Entree frei.  
Anfang 9/10 Uhr. Von 9 Uhr an  
**Speckkuchen.**  
Freundschaftlich ladet ein Otto Söttcher.

**Angarten.**  
Donnerstag und Freitag  
**1. großes Preisregeln**  
auf der neuen Regeldahn.  
Karteneröffnung a 50 Pf. bis Freitag 8 Uhr.  
Für Anstifter ist das Lokal von  
**früh 5 Uhr an geöffnet.**  
Nachmittags von 3 Uhr an  
**Frei. Konzert.**

**Scherffs Kinematograph-Theater**  
Kulandtsplatz.  
Das Programm für Mittwoch siehe  
Dienstag-Nummer.

**Königliches Bad Lautstedi.**  
Am Himmelfahrtstag  
Nachmittags Konzert, abends Ball.

**Werder-Milch,**  
beste, ärztlich empfohlene Kindermilch.  
Das ganze Jahr hindurch werden keine Rübenschnitzel  
gefüttert.  
Die Milchkuhe unterstehen fortwährender tierärztlicher Kontrolle.  
Der Milchwagen fährt 3 mal täglich in die Stadt.  
Jedes Quantum abzugeben.  
Aufträge auf We-der-Milch erbittet  
**Die Gutsverwaltung Werder.**

Unentbehrlich für jede Familie!



**Underberg -  
Boonekamp**  
Semper idem.  
Fabrikation alleiniges Geheimnis der Firma:  
**H. UNDERBERG-ALBRECHT**  
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.  
am Rathhause in **RHEINBERG** am Niederrhein.  
Gegr. 1846.  
Anerkannt bester Bitterlikör!  
24 Preis-Medaillen!  
Man verlange ausdrücklich:  
**Underberg-Boonekamp.**

**Eine Mama**  
welche ihren Kindern eine Freude bereiten will, gibt ihnen  
Kuchen und Bäckings, bereitet mit Dr. Leifer's Back-  
pulver und Puddingpulver a 10 Pf. (3 St. 25 Pf.).  
Die besten Geschäfte empfehlen diese 100millionenmal  
bewährten Artikel!

**Kinder- und Sportwagen.**  
Prachtvolle Neu- | Gediegene Aus- | Außergewöhnlich  
heiten. | führung. | billige Preise.  
Größte Ausstellung am Platze.  
**Wilhelm Köhler,**  
kl. Ritterstr. 6.  
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Helios-Bad. Nachweislich pure Gr.  
licht, Electr., Sool- | folge Rheumatismus,  
Kräuter-, Nichte- | Gicht, Nerven-  
nadel-, Tabakum- und | Influenza, Nerven-  
Kampherbäder. | schwäche,  
Eiweißabreibungen, Massagen, | Magen- u. Blasenleiden, Schlaf-  
Pflanzungen etc. | losigkeit, Gichtkuren etc.

**Der Musikverein  
von Merseburg u. Umgegend**  
hält am Himmelfahrtstage von nachmittags 3  
und abends 8 Uhr an sein

**Vergnügen**  
im Augarten ab. Der Vorstand.  
**Feischlöschchen.**

Himmelfahrt großes  
**Frühkonzert**  
angeführt von der Stadtkapelle  
Dir. Fr. Hertel.  
Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pfg.

**Albert Kiessler.**  
Herrlicher Quaziergang.  
Himmelfahrt von 8 Uhr an

**ff. Speckkuchen.**  
Max Jorcke, Burgstr.

**Dieters Restauration.**  
Heute  
**Schlachtefest.**

**Preussischer Adler.**  
Wittwoch Schlachtefest.

**Zufriedenheit.**  
Heute  
**Schlachtefest.**

Heute Mittwoch  
hausgeschlachte Wurst.  
**C. Tauch.**

Donnerstag  
hausgeschlachte Wurst.  
Friederike Vogel, Hofmarkt 9.

Zwei tüchtige  
**II. Maschinengehülfen**  
für eine schnell laufende Papiermaschine, auf  
welcher hauptsächlich Druck-Papiere und ein-  
seitig glatte Packpapiere gearbeitet werden, zu  
sofort in dauernde Stellung gesucht.  
Mit Zeugnisabschriften zu melden bei  
F. M. Weber, Papier- u. Pappenfabrik,  
Weslich b. Schlieben.

**Arbeitsjunge**  
von 14 - 16 Jahren sofort gesucht.  
Beitragfabrik Weihenstepferstr.

**Kaufmann,**  
27 Jahre, mit allen Kontorarbeiten vertraut,  
flotter Korrespondent, sucht per 1. Juli En-  
gagement. Gehl. Offerten unter G M 500  
an die Exped. d. Bl.

**Größere Kinder**  
zum Müßigleben werden sofort angenommen.  
O. Burkhardt, Klause.

**Eine Drescherfamilie**  
wird gesucht. Zu erst. in der Exped. d. Bl.

Eine gesunde tüchtige  
**Amme**  
vom Lande, Kind 14 Tage alt, weiß nach  
Frau Baue, Hebamme.

**Einige Frauen**  
und ein Mann zur Scheunen-  
und Felzarbeit  
sofort gesucht. Louis Weniger.

**Zwei unabhängige Frauen**  
erhalten dauernde Arbeit.  
Landwirt Wilh. Schäfer,  
Weihenstepferstr. 19.

**Ein ordentl. Mädchen**  
gehucht  
Hofmarkt 9.

Für sofort oder 1. Juni älteres geeignetes  
**Mädchen**  
oder unabhängige Frau,  
welche tüchtig kochen kann, für dauernd bei  
hohem Lohn gesucht.  
Frau Musikdirektor Hertel,  
Zeichstraße 10 a.

**Eine unabh. Aufwartung**  
wird gesucht  
H. Ritterstr. 13.

**Ein Vortennoniaie**  
mit 100 Mk. und 2 Kompons a 1,50 Mk.  
find auf dem Wege von Merseburg Markt über  
Röpschen bis Nothbach am 21. Mai verloren  
gegangen. Der eheliche Finder wird gebeten,  
den Fund gegen Belohnung bei Herrn Sachse,  
an der Geisel 1, abzugeben.



Zweite Beilage.

Auseuf.

Am 10. März ist Eugen Richter gestorben. Vier Jahrzehnte hindurch hat er eine bedeutsame politische Wirksamkeit entfaltet und seine großen Geistesgaben ausschließlich in den politischen Dienst des Vaterlandes gestellt.

Tief trauert um ihn die Partei, der es vergönnt war, ihn ihren Führer zu nennen. Doch nicht ihr allein galt sein Streben, nicht ihr allein gehört sein Ansehen. Er kämpfte für die Partei, weil er der Ueberzeugung war, daß durch die Pflege und Verwirklichung ihrer Ideale die Volksfahrt des Ganzen herbeigeführt werde.

Das Wirken Eugens Richters ist unvergänglich. In seinem Geiste wird das liberale Bürgertum die politische Arbeit weiterführen, um den liberalen Staatsgedanken zur Geltung zu bringen.

Um aber auch sein Bild für nachfolgende Geschlechter festzuhalten, wollen wir ihm ein Denkmal errichten, zugleich als ein Mahnzeichen der Treue und Dankbarkeit des deutschen Volkes, dem Eugen Richter sein Lebenswerk gewidmet hat.

Wir bitten alle, die auf diese Weise mit uns den großen Politiker ehren wollen, ihren Beitrag, eventuell unter Schiffs, in die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) zu Berlin, Schlußtag 1/2, oder deren Depotkassen auf das Konto „Eugen Richter - Denkmalsfonds“ zu senden.

Berlin, im Mai 1906. Der Arbeitsausschuß. (Folgen die Unterschriften.)

Aus Deutsch-Afrika.

Um die Aufforkung des Schutzgebietes Togo zu fördern, sollen nach einer Verfügung des Gouverneurs, die im „Amtsblatt für das Schutzgebiet Togo“ veröffentlicht wird, den Missionsgesellschaften, die durch Schulen oder Gemeindepflanzungen gewisser näher bezeichneter Nuzbäume anlegen lassen, Prämien gewährt werden.

Die Siedlungsgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika will bekanntlich ihren ganzen zum großen Teil wertlosen Besitz dem Deutschen Reich aufkaufen, ohne dabei auch nur einen Pfennig an Kapital und Zinsen zu verlieren.

gesellschaft kommt als Bismillerin und hätte wirklich Grund zu danken, wenn ihre ausweichenden Forderungen auch nur zum Teil vom Reich angenommen werden.

Deutschland.

(Zu der Meldung, daß die gegen Puttkamer angestellten Ermittlungen zur Einstellung eines Disziplinarverfahrens nicht die genügende Grundlage gegeben habe, schreibt die „Germania“: „Wenn diese Mitteilung zutreffend sein sollte, so wäre das ein wahrer Hohn auf die gegen den seitherigen Gouverneur von Kamerun im Reichstag festgestellten Tatsachen und auf das von der großen Mehrheit des Reichstags über ihn gefällte Urteil.“

(Am Rudolstädter Landtag) gab es dieser Tage wieder einmal eine Ueberraschung. Der „Frank. Ztg.“ wird darüber berichtet: Es war bisher Niemand, alljährlich in den Etat die Summe von 30 000 Mk. zur Renovierung der fürstlichen Schlösser zu legen, und der „getreue Landtag“ ist dieser Forderung bisher auch stets nachgegeben.

(Wegen Androhung der allgemeinen Absperrung) der organisierten Metallarbeiter ist von den Sozialdemokraten gegen die Vorstandsmitglieder des Verbandes der schlesischen Metallindustriellen Strafanzeige wegen Vergehens gegen § 153 Reichsgesetzordnung bei der Breslauer Anklagebehörde erstattet worden.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 21. Mai.) Im Reichstage gelangte heute der Handelsvertrag mit Schweden zur ersten Beratung. In ganzer war die Zustimmung auf der einen Seite, als bei den agrarischen Parteien, die eine völlig zweifelhafte Beratung in einer Kommission beantragten.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 21. Mai.) Das Abgeordnetenhaus beriet am Montag das Knappschaftsgesetz aus der zweiten Lesung. Das Zentrum hatte seine Anträge aus der zweiten Lesung auf obligatorische Einführung des geheimen Wahlrechts und die Wahlbarkeit der Frauen zu Knappschaftskassen wiederholt.

Zentrums wurden auf Antrag des Abg. Dr. Forch (Rt.) auf Dienstag vertagt. Im übrigen wurden die Beschlüsse zweiter Lesung aufrecht erhalten. Der Rest der Sitzung wurde mit der Erledigung von Petitionen ausgefüllt.

Ein neuer Ergänzungsetat für 1906 — der zweite — ist am Montag dem Reichstag zugegangen. Er fordert die Summe von 20 514 286 Mark. Davon sollen 550 000 Mk. dienen zu Beschaffungen und Verfügen auf verkehrs-technischem Gebiete für das Ingenieur-, Pionier- und Verkehrsweesen mit Rücksicht auf die in den ostafrikanischen Kriegen gesammelten Erfahrungen.

Ueber die am Dienstag beginnende zweite Lesung des Schulunterhaltungsgesetzes ist von den Reichstagsparteien ein gedruckt vorliegender Arbeitsplan aufgestellt worden, der deutlich das Bestreben verrät, die Vorlage möglichst schnell durchzuweisen.

Volkswirtschaftliches.

(Der Weltpostkongress hat in seiner Sitzung am Freitag die Uebereinkünfte und Bestimmungen betreffend Postanweisungen, Behandlung von Poststücken mit Wertangabe und von Nachnahmeforderungen ausgeprochen, des gleichzeitigen Annahmements auf Zeitungen und Zeitchriften.

(Die Lotterieverträge zwischen Preußen, Braunschweig und Bremen sind nach einer offiziellen Meldung der „Köln. Ztg.“ aus Berlin geschlossen worden. Da Braunschweig eine eigene Staatslotterie hat, die in Bremen zugelassen ist, so ist anzunehmen, daß der Vertrag mit Braunschweig sich in ähnlicher Richtung bewegt, wie die Verträge mit Mecklenburg-Schwerin, Hessen und den thüringischen Staaten, während bei dem mit Bremen der Inhalt des mit Neuss i. L. und Oberbayern geschlossenen Vertrages zum Vorbild gebient haben wird.

(Zur Personalienreform. Die Budgetkommission des badischen Landtages stimmt den von der Regierung gemachten Vorschlägen bezüglich der Personalienreform, also auch der Aufhebung des Kilometerbefehrs, mit allen Stimmen bei drei Stimmenthaltungen zu.



# Korrespondent.

**Bezugspreis** vierteljährlich: Bei Erhaltung von den Postgebühren 1 RM. monatlich 35 Pf.; durch die Träger und die Post bezogen 1,20 RM., durch den Verleger ins Haus 1,62 RM. Einzelnummer 5 Pf.  
Erscheint wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
3 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.  
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die einsp. Zeitspalt oder deren Raum 8 Pf., für dreispaltigen 10 Pf., außerdem 15 Pf. für die ersten 10 Zeilen und 25 Pf. für die übrigen. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annahmestellen entgegengenommen.  
Nachdruck unterer Originalberichte nur mit Genehmigung gestattet. Für unverlangte Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 119.

Mittwoch den 23. Mai 1906.

32. Jahrg.

## Die Jungliberalen und der Beschluß des nationalliberalen Zentralausschusses.

Während in Berlin der nationalliberale Parteivorstand alles tun möchte, um die bösen Einflüsse aus dem politischen Leben auszuschalten, die ihm das Leben so sauer machen, kommt vom Süden eine Klunge von jungliberaler Seite, die das Verhältnis zu den entschiedenen Liberalen denn doch unter einem wesentlich anderen Gesichtspunkte beurteilt. Der Parteitag Bayerischer jungliberaler Vereine in Passau, der am 19. und 20. d. M. tagte, hat folgende dem Vorstand auf die Verträge gewisser „Liberaler“, die Einflüsse aus der Einigungsbewegung herauszubringen, gegeben. Er faßte einstimmig nach einer eingehenden Debatte folgende Resolution:

„Der Landesverband der jungliberalen Vereine Bayerns und des Rheinlands betont angelehnt der Darmstädter Vorgänge wiederholt, daß es für die wichtigste Aufgabe aller deutschen Jungliberalen erachte, den Geist der Versöhnlichkeit unter den verschiedenen liberalen Gruppen zu pflegen und alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich einer Einigung des Liberalismus entgegenstellen. So lange die absolute Notwendigkeit nicht überall erkannt wird, fordert der Landesverband die süddeutschen Liberalen auf, sich in ihren Einigungsbemühungen durch derartige Vorgänge nicht im geringsten behindern zu lassen, ganz besonders aber erwartet er von den programmatisch geeigneten Organisationen des bayerischen Blocs, daß sie für alle Zukunft jeden (von rechts oder links kommenden) Versuch, durch Heranziehung außerparlamentarischer Differenzen Mißstimmung gegen irgend eine Blocpartei zu erregen, auf das Entschiedenste zurückweist. Der Landesverband würde es mit Freuden begrüßen, wenn auch die gesamte liberale Presse sich auf diesen Standpunkt stellen wollte.“

Das ist eine Antwort, die sich sehen lassen kann. Sie ist ein Beweis dafür, daß die süddeutschen Jungliberalen eine Bewegung sind, die entschlossen ist, ohne Rücksicht auf nationalliberale Dammflüsse den Weg zu gehen, der durch die Not der Zeit geboten ist. In Süddeutschland steht die programmatische Einigung fest, in Südbayern kann ein Fall wie der Darmstädter gar nicht vorkommen, weil ein Kandidat die Bedingungen des Münchener Einigungsprogramms erfüllen muß, Bedingungen, deren wichtigste Herr Stein eben nicht erfüllte, weder in der Wahlrechtsfrage noch in der Koalitionsrechtsfrage. Wie ernst es den bayerischen Jungliberalen mit der Einigung ist, geht u. a. daraus hervor, daß sie zu ihrem Parteitage — und zwar zur öffentlichen wie zur geschlossenen Sitzung — die übrigen Blocparteien in zuvorkommendster Weise mit dem Zugeständnis voller Redefreiheit einladen.

Im Anschluß hieran sei aus dem jetzt im Vorlauf gedruckten vorliegenden Referat Prof. Haenels auf dem Parteitage der Schleswig-Holsteinischen freisinnigen Partei nach folgender Passus wiedergegeben, der gerade auf Darmstadt in vollstem Maße zutrifft:

„Wir sind nicht verpflichtet, der Reaktion gegen die Sozialdemokratie Dienste zu leisten im Vordergrund, damit sie uns nach geleisteten Diensten in den Rücken fällt. Ich halte dafür, daß es auch eine Parteireihe gibt, die Genugtuung von ihrem Verleger zu fordern berechtigt und verpflichtet, nötigenfalls durch Zusammenwirken mit einem sonstigen Gegner. Wir gedenken dabei jener gemäßigten Agitation bei den ersten Wahlgängen, in der man uns, den Liberalen, jede Beschimpfung als Vorwurf der Sozialdemokratie, als wahren Patriotismus mangelnd zufügt, und dann in Frechheit unsere grundsätzliche Gegnerschaft zur Sozialdemokratie und unseren Patriotismus anruft, um in der engeren Wahl unsere Hilfe zu erlangen.“

Wir meinen, das ist deutlich. In einer Reihe von volksparteilichen Blättern der Provinz wird, wie wir mit Genugtuung verzeichnen können, derselbe Standpunkt den Nationalliberalen gegenüber vertreten. Der volksparteiliche „Liegn. Anz.“ z. B. wendet sich sehr entschieden gegen diejenigen, die ein Zusammengehen der Freisinnigen mit jedem Nationalliberalen um jeden Preis für selbstverständlich zu halten scheinen. Die Nationalliberalen seien, wie der Hagenener Fall zeigt, ungehehr nicht dieser Meinung. „Etwas mehr Zurückhaltung, fährt das Blatt fort, wird sich deshalb auch in gewissen freisinnigen Blättern empfinden, deren bedingungslose Liebe zu den Nationalliberalen unter der freisinnigen Wählerschaft im Lande bereits starke Verwunderung erregt hat.“ — Ebenso erklärt neuerdings die „Zittauer Morgenztg.“, die den reaktionären Charakter der sächsischen Nationalliberalen aus eigener Anschauung zur Genüge kennen gelernt hat, „daß der Nationalliberalismus vielfach eine Beschaffenheit aufweist, die es in keinem Falle gerechtfertigt erscheinen läßt, ihm freisinnige Stimmen zuzuführen, insbesondere dann nicht, wenn die Wahl eines Nationalliberalen geradezu eine aktuelle Gefährdung der Volkssouveränität herbeiführt.“ — Die Zahl dieser Nationalliberalen wächst aber, wie ihr Verhalten bei den neuen Steuern im Reichstage und ihr Zusammenwirken mit den reaktionären Parteien in den Einzelstaaten zeigt, gerade launenhaft.

## Kaiser, Reichskanzler und Reichsfinanzreform.

Der Kaiser hat aus Anlaß des Zustandekommens der sogenannten Reichsfinanzreformvorlage an den Fürsten Bülow folgendes an der Spitze des „Reichsanzeigers“ mitgeteilte Handschreiben gerichtet:

Mein lieber Fürst!

Ihre Meldung von der Annahme der Steuervorlagen im Reichstage hat mich mit lebhafter Freude und großer Befriedigung erfüllt. Ich damit doch unter dankenswerter patriotischer Mitarbeit der Vertreter des deutschen Volkes für die Finanzen des Reichs eine neue Grundlage gewonnen worden, welche die Möglichkeit bietet, den wachsenden Bedürfnissen der Reichsverwaltung in ausreichendem Maße gerecht zu werden. Ich bin mir wohl bewußt, welcher hervorragende Anteil an dem Gelingen dieses für die Stellung des Reichs nach außen wie für seine innere Festigung und Entwidlung gleich bedeutsamen Reformens dem landesmännlichen Gefühl und der ausdauernden Hingebung gestiftet, mit deren Sie die mühevollen Arbeiten geleitet und gefördert haben.

Von ganzem Herzen beglückwünsche ich Sie daher zu diesem Erfolge, durch welchen Sie sich von neuem den Dank Ihres Kaisers und Königs wie des Vater-

lands und des Reiches verdienen. Ich hoffe, daß Sie auch die Genugtuung der Freunde der Reformen erlangen werden. Ich bin Ihnen für die Erhaltung der Originalarbeiten und des Reichsanzeigers dankbar.

I. R.

geben, daß, in ausdrücklicher Weise noch in den nächsten Tagen Zeitungsberichten direkt

Merseburg ge-  
zaren nicht  
den Arbeiten  
en waren.  
Scheinlichkeit  
(27. Mai)  
Ueberrigens

erhielt der Präsident der Reichsduma am Sonntag die amtliche Mitteilung, daß der Empfang der Abordnung zur Ueberreichung der Adresse in Peterhof nicht stattfinden könne, da derartige Beschlüsse dem Kaiser durch den Hofminister zu übermitteln seien. Eine gleiche Mitteilung sei dem Präsidenten des Reichsrats zugegangen. Die Angelegenheit soll in der Dumassung am heutigen Montag zur Sprache gelangen.

Aus der russischen Reichsduma. Die auf Montag vormittag angelegte Sitzung der Duma wurde mit 1 1/2 stündiger Verspätung eröffnet. Die Parteien benutzten die Zeit zur Besprechung des Verhaltens gegenüber dem Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten der Duma, in dem Ooremynkin mitteilt, die Adresse der Duma sei dem Kaiser nicht durch eine Deputation, sondern derjenigen des Reichsrats durch eine besondere Eingabe des Präsidenten zu unterbreiten. Bei Eröffnung der Sitzung verlas der Präsident Muzomzsch das Schreiben Ooremynkins, wobei das Haus vollkommene Ruhe beobachtete. Nachdem mehrere Redner die Ansicht vertreten hatten, daß es sich hier um eine Formfrage handle, die keinesfalls zu einem Konflikt mit der Regierung führen dürfe, beschloß die Duma, die Adresse mittels Immediateneingabe ihres Präsidenten an den Kaiser zu übermitteln. Während dieser Vorgänge herrschte im Hause vollständige Ordnung, der Ministerstisch war leer, nur einige Reichsräte waren anwesend. Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung, Mandatsprüfungen, ein.

Die Agrarkommission der Kadetten beschloß die „Novoje Wrenja“ zufolge einen von 30 Abgeordneten unterzeichneten Antrag über unverzügliche Beratung der Agrarfrage durch die Duma einzubringen. Die Frage soll einer 33gliederigen Kommission übergeben werden. Ferner wurde beschlossen, im Reichsrat eine Fraktion der Kadetten zu bilden.

Gegen einen Kosakoffizier wurde am Sonntag in Grodno eine Bombe geschleudert, durch deren Explosion der Offizier leicht verwundet und die Scheiben der benachbarten Häuser zertrümmert wurden. Der Urheber des Anschlags, angeblich ein Jude, ist entkommen.

Ein Bombenanschlag auf einen Oberst wurde, dem „Kof-Anz.“ zufolge, in Kalisch verübt. Als dort am Sonntag früh der Dragoneroffizier Graf Keller zu Pferde vom Exercierplatz zurückkehrte, wurde eine Bombe nach ihm geschleudert. Das Pferd wurde getötet, Keller selbst schwer verlegt.

## Politische Uebersicht.

Ungarn. Kaiser Franz Joseph ist von Wien kommend Sonntag abend in Budapest eingetroffen und von einer nach Zehntausenden zählenden Menge begeistert begrüßt worden. — Die ungarische Unabhängigkeitspartei hielt in Budapest am Sonnabend eine Konferenz ab. Auf dieser führte Handelsminister Kossuth in einer Rede aus, die Partei habe nach jahrelangem Kampfe die Mehrheit erlangt, doch müsse sie die Rechte der Majorität mit Mäßigung und Vorsicht üben, umso mehr als sie zu einer Koalition gehöre, in der keine der vereinigten Parteien ihre Grundzüge unbedingt verwirklichen könne. Die Nation habe bei den Wahlen zum Ausdruck gebracht, daß das Steuerwesen in der Richtung der Kossuthpartei gelenkt werden müsse. Der Minister erklärte weiter, da bei der Eröffnung des Reichstags in der königlichen Burg gewisse Abzeichen, die das Nationalgefühl verletzen, festzuhalten, so würden selbstverständlich die Minister, die Mitglieder der Kossuthpartei seien, erscheinen. Die Kossuthpartei beschloß darauf, bei Eröffnung des Reichstages in dem königlichen Schloß zu erscheinen, während sie bisher an solchen Festelichkeiten nicht teilgenommen hat. — Ministerpräsident Prinz Sosenlohe empfing am Sonnabend die Vertreter der drei zentralen industriellen Körperschaften Oesterreichs.